

Der europäische Sonderweg: Staaten auf ethnischer Grundlage entstanden primär unter christlichem Einfluss

Wie kam es zur Staatenbildung?

Von Stefan Beig

■ Die Wurzeln des Nationalismus liegen anscheinend im Frühmittelalter.

Wien. Wer sich einem Volk zugehörig fühlt, erlebt Gemeinschaft – und kann in blutige Konflikte wie jene in Exjugoslawien schlitzen. Wie es kommt, dass Ethnien so wichtig sind, beschäftigt mittlerweile auch die Forschung, und ebenso, wie Ethnien – ob Serben, Polen, Franzosen, Deutsche oder Engländer – entstanden sind. „So können wir die historischen Wurzeln gegenwärtiger Konflikte verstehen“, betont Walter Pohl, Professor für mittelalterliche Geschichte an der Uni Wien, gegenüber der „Wiener Zeitung“. Gemeinsam mit dem Wiener Sozialanthropologen Andre Gingrich organisiert Pohl eine derzeit stattfindende interdisziplinäre Tagung an der Akademie der Wissenschaften, die sich mit der Rolle der Religionen im Entstehen von Gemeinschaften befasst. Dass Ethnien so zentral für die politische Entwicklung sind, ist nämlich ein Spezifikum Europas und hängt laut Pohl mit dem Christentum zusammen.

Der Ursprung der europäischen Völker liegt im Frühmittelalter. Europas Entwicklung war „außergewöhnlich“, betont Pohl. Europas politische Landschaft sei nämlich „seit mehr als einem Jahrtausend geprägt von relativ stabilen und meist ethnisch definierten Staaten“, wie dem Frankenreich oder den Königreichen der Angelsachsen, Ungarn und Schweden. Zwar waren diese Reiche nie ethnisch homogen, aber „sie sind alle nach Völkern benannt und leiten von diesen ihre Legitimität ab.“

Lange Zeit glaubte man, dass es Völker schon immer gab und die gemeinsame Abstammung ih-

re ethnische Identität begründet. Doch gerade die Völkerwanderungszeit zeige, wie vielfältig die werdenden Völker zusammengesetzt sind, meint Pohl. Die Vorstellung, Völker würden wie überzeitliche platonische Wesenheiten die Geschichte überdauern, wurde von Historikern des 19. Jahrhunderts vertreten. Heute gilt sie als überholt. „Ethnizität ist keine ahistorische Kategorie“, betont auch der Historiker Patrick Geary von Princeton, der an der Tagung teilnimmt.

Integration

Die Vorstellung von einem Bund, den ein Volk mit Gott eingeht, sei am Anfang der Entstehung ethnischer Staaten gestanden, erklärt Pohl. „Gott herrscht über die Völker, denn dem Herren kommt die Königsherrschaft zu“, heißt es in einem Psalmenkommentar des römischen Senators Cassiodor um die Mitte des sechsten Jahrhunderts. „Nicht die Völker besitzen die Reiche, sondern der Herr, der durch seine Macht Könige austauscht oder bewahrt.“ Politische Herrschaft über ethnische Staaten hatten nur christliche Könige inne.

Mitten in den Umbrüchen der Spätantike bot die Bibel den damaligen Intellektuellen Orientierung. Das Christentum unterstütze die Vorstellung einer Vielzahl von Völkern. Walter Pohl verweist etwa auf die Aufforderung am Ende des Matthäus-Evangeliums, wo es heißt: „Lehret alle Völker“, nicht „lehret alle Menschen“. In den Schriften damaliger Bibel-Exegeten ging es um Themen, wie die kollektive Beziehung eines Volkes zu Gott. Die politische Relevanz solcher Bibel-Exegese wurde bisher unterschätzt.



Die Entstehung der Völker: Der Turmbau zu Babel war eine prägende Geschichte. Foto: corbis

Um die Identität der Franken herrschte etwa eine intensive Auseinandersetzung. Für Bischof Gregor von Tours war am Ende des sechsten Jahrhunderts die christliche Identität für die Zukunft der Franken entscheidend. In einer Chronik aus dem siebten Jahrhundert wird die Welt als eine Welt von Völkern vorgestellt, in denen die Franken eine Vorrangstellung haben.

Der Zerfall des Kalifats

Unterstützt würde der Gedanke vieler Völker bereits im Alten Testament durch die Geschichte des „auserwählten Volks“, das sich spätestens ab der babylonischen Gefangenschaft darum bemüht habe, seine ethnische Identität nicht zu verlieren, so Pohl. Ebenso wurde versucht, auch die anderen Völker über Abstammung einzuordnen. Eine Erklärung für die Vielfalt der Sprachen und Völker

bot die Geschichte vom Turmbau von Babel, in der Gott gemeinsames Handeln der Völker durch eine Sprachverwirrung verhindert.

„In der islamischen Geschichte war das die längste Zeit völlig anders“, sagt Andre Gingrich zur „Wiener Zeitung“. „Das Kalifat war ein großes Reich mit verschiedenen Sprachgruppen und Religionen. Der Zerfall dieses frühislamischen Großreiches geschah schrittweise, allerdings nicht entlang ethnischer Grenzen.“ Schließlich gab es in mehreren Teilen des ehemaligen islamischen Großreiches lokale Führungsschichten, die aus den Reihen der Stämme kamen. „Manche haben ihre Macht genealogisch legitimiert – entweder über Verwandtschaft mit den Einheimischen, oder über Verwandtschaft mit dem Propheten Mohammed.“

Den Osmanen sei ab dem späten 15. Jahrhundert ihre Legitima-

tion über den Islam gelungen, aber nur 100 Jahre lang. „Sie wurden als Fremdherrschaft gesehen, die sich nicht von der späteren Kolonialherrschaft entscheidend unterschied“, meint Gingrich.

Im 19. Jahrhundert hat der europäische Nationalismus christliche Erlösungsvorstellungen auf die Nation übertragen. Die katholische Kirche hat ihn umgehend verurteilt. Doch der Glaube, Volkszugehörigkeit bringe das Heil, sei nur nur durch die Vorstellung eines Bundes zwischen Volk und Gott am beginnenden Mittelalter möglich gewesen, betont Pohl.

Im arabischen Raum ist der Nationalismus in seiner europäischen Ausprägung heute gescheitert. „Dabei darf man nicht vergessen, dass er säkularer Natur war“, betont Gingrich. Die Religion – der Islam – sei „an die Stelle des Nationalismus getreten.“ ■

Kurz notiert

HLB Intercontrol prüft Vorwürfe gegen Gerald Matt

Der Wiener Gemeinderat hat die neue Struktur der zuletzt skandalumwitterten Kunsthalle in die Wege geleitet: Beschlossen wurde die Gründung einer gemeinnützigen GmbH im Eigentum der Stadt. Zudem hat das Unternehmen HLB Intercontrol einen Prüfauftrag erhalten: Einerseits soll die Firma eine Due-Diligence-Prüfung durchführen, die zur Betriebsübernahme des bisherigen Vereins nötig ist. Andererseits sollen die Vorwürfe gegen den bis Ende März dienstfrei gestellten Direktor Gerald Matt untersucht werden. Der Bericht soll in sechs Wochen vorliegen.

Komikertruppe Monty Python plant neuen Film

Mitglieder der britischen Komikertruppe Monty Python werden an einem neuen Film mitwirken. Laut Ex-Python Terry Jones sind an der zum Teil animierten Science-Fiction-Satire mit dem Titel „Absolutely Anything“ unter seiner Regie John Cleese, Michael Palin und Terry Gilliam beteiligt.

Freie Opernszene zürnt Reform der Kammeroper

Mit Protest reagiert die freie Opernszene auf den Plan des Wiener Kulturstadtrats für die Kammeroper. Am Dienstag verkündete Andreas Mailath-Pokorny den Entschluss: Die (nur mehr von der Stadt geförderte) Oper soll einen neuen Trägerverein erhalten, mit Theater-an-der-Wien-Chef Roland Geyer und Walter Kobéra als Vertreter der freien Szene im Vorstand. Vier Produktionen sollen künftig von Geyer kommen, zwei aus der freien Szene. Damit erteilte der Stadtrat dem Plan von Kammeroper-Ko-Chef Holger Bleck eine Absage: Dessen Idee, die Spielstätte als Koproduktionshaus für freie Gruppen zu nutzen, sei unfinanzierbar. Die Plattform Freies Musiktheater Wien zürnt nun in einem Statement: „Wir lehnen ein hierarchisches Modell mit versteckter Intendanz ab.“ Nur ein Mitglied der „Plattform“ hat nicht unterfertigt: Kobéra. Laut Unterzeichnern halte es sich bei der Behauptung, Kobéra sei Repräsentant der freien Szene, aber auch um einen Irrtum.

Leserbriefe

Sparpotenzial in den staatlichen Einrichtungen

Kuriose Steuerideen und ein Unwille zum Sparen im eigenen Bereich, so präsentiert sich die Regierung. Politische Strukturen und Handlungsabläufe müssen allerdings, ähnlich wie in der Privatwirtschaft, immer wieder einer Revision unterzogen werden, damit ein leistungsfähiges politisches Management entstehen kann.

Eine Konsequenz hieraus kann nur eine Rationalisierung der staatlichen Verwaltung sein. Die Verbesserung der Leistungen, der Rentabilität und der Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Leistungsverwaltung, der einzelnen Ressorts und der Zentralstellen muss hierbei das Ziel sein.

Wir brauchen im Parlament und in den Landtagen keine Ansammlung von Parteisoldaten, die ideologische Vorstellungen durchsetzen wollen, sondern handlungsfähige politische Arbeitsforen, die pragmatisch vorgehen und im Sinne der Bevölkerung entscheiden.

Eine Reduzierung der Abgeordnetenanzahl würde die parlamentarische Arbeit straffen und wäre somit ein Gewinn für die Glaubwürdigkeit der Politik. Braucht Österreich wirklich 695 Abgeordnete beim Bund und in den Ländern? Hätte Österreich nur 350 Volksvertreter in den verschiedenen Abgeordnetenräumen, dann könnten jährlich mehr als 100 Millionen Euro eingespart werden.

Kurt Gärtner,
4600 Wels

Es sieht tatsächlich so aus, als ob die Heiligen Kühe Österreichs – der aufgeblähte Föderalismus und das Beamtentum – wenn nicht geschlachtet, so doch zumindest redimensioniert werden. Übrigens haben die USA für mehr als 300 Millionen Einwohner genauso viele Minister wie Österreich, nämlich 14. Für die Größe dieses Staates müsste hierzulande das Amt eines Oberbürgermeisters fast reichen.

Mag. Martin Behrens,
1230 Wien

Nicht alle Beamten sind Spitzenverdiener

Welch tolle Idee: Beamte sollen eine Sondersteuer zahlen (genannt „Arbeitsplatz-Sicherungsbeitrag“), die die Unkündbarkeit durch die Definitivstellung ausgleichen soll – nachdem sie schon, mit demselben Argument, weniger als 3 Prozent Gehaltserhöhung bekommen haben (teilweise unter der Inflationsrate). Die Metallarbeiter erhielten mehr als 4 Prozent. Vergessen denn diejenigen, die uns den Lohn kürzen wollen, dass auch Beamte Familien haben und einkaufen müssen? Bei weitem nicht alle Beamten sind Spitzenverdiener!

Berthold Himmelbauer,
4400 Steyr

Leserbriefe werden nur dann abgedruckt, wenn sie mit vollständiger, nachvollziehbarer Adresse versehen sind. Wir können auch nur Leserbriefe berücksichtigen, bei denen Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.